

Nur 7 Minuten trennten EU-Europa und den Rest der Welt am 25. Juli 2006 von einem Super-GAU im schwedischen AKW Forsmark.¹

Die Debatte der Parteien um die Nutzung der Atomenergie schürt Illusionen, dass es Anti-Atom-Parteien im Bundestag gibt. Tatsächlich aber sind alle für die Atomenergienutzung und halten dem Kapital alle Zukunftsoptionen offen, insbesondere die der Atomfusion.

Uns ist es völlig gleichgültig, ob wir gegen eine SPD/FDP-Bundesregierung wie in den 1970er Jahren, gegen einen CDU/FDP-Staat wie in den 1980ern und 1990ern oder gegen eine SPD/Grüne-Bundesregierung (1998–2005) kämpfen; oder ob es sich um eine Die Linke/SPD-Landesregierung handelt, um eine CDU/CSU/SPD-Bundesregierung oder um welche Koalition der Atom-einheitspartei auch immer. Ebenso wie die SPD/Grüne sichert jetzt die CDU/CSU/SPD Bundesregierung dem Atomkapital Profite und Herrschaft in aller Welt.

Die Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre verhinderte mehr als 70 von über 90 in der BRD geplanten Atomkraftwerken.² Sie kämpfte unabhängig von Staat und Kapital. Das Atomkapital wurde international in die Defensive gedrängt. In einigen Ländern wurde die Stilllegung der AKWs durchgesetzt; anderswo wurde der Ausbau begrenzt oder zeitweise gestoppt.

Der Pro-Atomkonsens (»Energiekonsens«) von SPD/Grünen vom 26. April 2002 ermöglichte es, das Atomprogramm auszubauen und Atomkraftwerken Betriebslaufzeiten zu garantieren, von denen das Atomkapital nicht mehr zu träumen gewagt hatte, – sowenig wie von Atommüll-zwischenlagern an AKW-Standorten oder von Atomtransporten, genehmigt von SPD und Grünen! Auch der Atomforschungsreaktor München II (FRM II in Garching) wurde, unterstützt von SPD und Grünen, genehmigt und nahm am 9. Juni 2004 seinen Betrieb auf.³ Er arbeitet mit waffentauglichem, hochangereicherter Uran. Am radioaktiv strahlenden Horizont droht die Atomfusion mit neuen Risiken und noch mehr Atommüll.

In den erfolgreichen Kämpfen gegen das nie gebaute Atomkraftwerk Wyhl/Kaiserstuhl entstand Anfang der 1970er Jahre die Anti-AKW-Bewegung. In den Kämpfen von Brokdorf, Grohnde, Malville und Kalkar (1976/1977) wurde sie zur erfolgreichsten Massenbewegung und deshalb im »Deutschen Herbst« 1977 von einem hochgerüsteten Staat in bürgerkriegsähnlichen Szenarien zer-

Ökologische Linke



schlagen. Alte und neue AtomgegnerInnen haben in den 1980er Jahren den Widerstand, z. B. in Wackersdorf und Gorleben, belebt. Auch die Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 gab der Anti-AKW-Bewegung einen neuen Schub.

Polizeistaatliche Aktionen und Kriminalisierungsversuche sind lästig, doch sie können unseren Widerstand nicht brechen. Wir wollen mit allen notwendigen, klugen Mitteln das gesam-

geschlossen⁷, um die mörderische Atomtechnologie weiterzuentwickeln und um sie weltweit zu verkaufen. AREVA NP will seine Führungsrolle weltweit ausbauen: AREVA NP gehört Siemens (34 Prozent) und AREVA (66 Prozent). Der damalige Außenminister Joseph Fischer (Grüne) hat 2003 zugestimmt, dass die Förderung und Nutzung der Atomenergie in EU-Europa Verfassungsrang erhält.⁸ Die CDU/CSU/SPD-Regierung forciert seit 2008 die nie

Destruktivkraft Atomfusion

Die Atomfusion (sog. Kernfusion) ist keine »saubere Alternative«, sondern eine kapitalintensive, zentrale Destruktivkraft, die auf dem Prinzip

Das Atomkapital und seine Einheitspartei aus CDU/CSU/SPD/Die Linke/FDP/Grünen

te Atomprogramm stürzen. Unsere alte und neue Forderung lautet: Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen! Sie bedeutet auch: CASTOR-Transporte verhindern!

SPD/Grüne haben Atomanlagen ausgebaut

SPD/Grüne logen und behaupteten, aus der Atomenergie aussteigen zu wollen. Aber es wurden – mit dem so genannten Atomkonsens – nicht nur die Betriebslaufzeiten der bestehenden AKWs verlängert und der Atom-bombenreaktor in Garching fertig gebaut. In Nordrhein-Westfalen trugen die Grünen von 1995 bis 2005 den Ausbau und den Betrieb der Atomanlagen in Ahaus, Jülich (u. a. Reaktorentwicklung für Atomfusion)⁴ und Gronau (Urananreicherung)⁵ mit. Im März 1998 wurde ein CASTOR-Transport in das Atommülllager in Ahaus durchgeprügelt – im Auftrag der NRW-Landesregierung, die damals aus Grünen und SPD bestand und unter einem Polizeipräsidenten, der Mitglied der Grünen war.

Im Sommer 2005 protestierten fast 2000 Menschen gegen CASTOR-Transporte, mit denen mehrere Kilogramm Plutonium aus dem AKW Rossendorf/Dresden nach Ahaus geschafft wurden – unter der SPD/Grünen Bundesregierung.

Neue, ebenso tödliche AKW-Typen wie der Europäische Druckwasserreaktor (EPR)⁶ stehen bevor – dank der Hilfe von SPD/Grünen. Der spätere Bundeskanzler Schröder (SPD) hat dem EPR 1993 zugestimmt. Das deutsche und das französische Atomkapital haben sich zusammen-

beendete Atomforschung, so dass neben der auf die Atomfusion abzielenden Forschung auch an einer neuen AKW-Generation für die Übergangszeit geforscht werden kann.⁹

Das finnische EPR-AKW Olkiluoto-3 (Baubeginn 2005) wird das erste Atomkraftwerk seit 19 Jahren in EU-Europa sein. Die mit AREVA NP vereinbarten Kosten von ca. 3 Milliarden werden um mindestens 70 Prozent überschritten werden und der EPR wird nicht wie geplant 2009, sondern frühestens 2012 ans Netz gehen.¹⁰ In Frankreich wurde im Sommer 2004 der Bau eines EPR beschlossen. Im August 2006 wurde mit dem Bau begonnen. Dagegen hatten am 15. April 2006 30 000 Menschen demonstriert.¹¹ Die britische Regierung plant, in Großbritannien wieder Atomkraftwerke zu bauen. Zusammen mit Frankreich sollen neue Atomkraftwerke entwickelt und exportiert werden.¹² Im Rahmen des chinesischen Atomprogramms, das über 30 geplante AKWs umfasst, hat AREVA NP am 26. August 2008 mit dem Bau des ersten EPR in China begonnen.¹³

Deutsche Energiekonzerne, allen voran Siemens¹⁴, haben Milliardenaufträge an sich gerissen. Damit wollen sie Atomkraftwerke in Tschechien, der Slowakei und in anderen osteuropäischen Ländern modernisieren und z. B. in Bulgarien weitere bauen. Sie wollen – auch mit Hilfe eines einheitlichen europäischen Stromverbundes – den Ausbau von Atomanlagen im osteuropäischen »Hinterhof« vorantreiben. Manch einem osteuropäischen Staat droht eine Zukunft als Stromkolonie Deutschlands.

der Wasserstoffbombe basiert.¹⁵ Ein Atomfusionskraftwerk (AFKW) gibt im Normalbetrieb 1000 mal mehr Radioaktivität ab als ein AKW und produziert fünf mal so viel radioaktiven Abfall wie ein heutiges Atomspaltungskraftwerk – darunter den radioaktiven Betastrahler Tritium (überschwerer Wasserstoff). Als Gas diffundiert es durch fast alle Materialien. Tritium-Wasser ist chemisch von normalem Wasser nicht zu unterscheiden. Tritium wird deshalb vom menschlichen Körper aufgenommen und kann in jede Zelle eingebaut werden. Der Stoff ist krebserregend und genverändernd.¹⁶

Nach jahrzehntelangem, innerimperialistischen Gerangel um Standort, Kosten und Konzept wurde am 28. Juni 2005 der Bau eines Experimental-Fusionsreaktors ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) beschlossen. Die bisher eingeplanten Kosten betragen etwa 5,5 Mrd. Euro. Die EU ist daran mit 50 Prozent beteiligt, Russland, Japan, die USA, die VR China und Südkorea und Indien mit je 10 Prozent. Der ITER wird aber bis zu doppelt so teuer wie geplant.¹⁷ Die EU hat gegen Japan und die USA den Standort durchgesetzt: Gebaut werden soll der ITER von 2009 bis etwa 2019 im erdbebengefährdeten Cadarache (Südfrankreich).¹⁸

Die Bundesregierungen Grüne/SPD (1998 bis 2005) und CDU/SPD und die Landesregierungen von Bayern CSU/FDP sowie von Mecklenburg-Vorpommern Die Linke/SPD (1998 bis 2005) und SPD/CDU errichten in Zusammenarbeit mit der EU bis etwa 2014 einen Fusionsforschungsreaktor,

den Wendelstein 7-X in Greifswald, für mindestens 423 Millionen Euro.¹⁹ Bundeskanzler Schröder lobte die PDS im Juli 2000, weil sie in Mecklenburg-Vorpommern die Atomfusion »in weit höherem Maß unterstützt, als dies üblicherweise im Verhältnis zwischen Bund und Land vorgesehen ist.«²⁰ Auch das von der Die Linke-/SPD regierte Berlin mischt über das Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie im Euratom-Atomfusionsprogramm mit, u. a. durch die Beteiligung am Aufbau des ITER und Wendelstein 7-X. Es betreibt zudem den Atomforschungsreaktor BER II.²¹ So hilft eine Superkoalition aus CDU/CSU, SPD, FDP, Grünen und Die Linke, die staatsterroristische Option für Energieerzeugung durch Atomenergie offen zu halten.



den Menschen krank, zerstören sein Immunsystem, erzeugen Krebs und töten schon im störungsfreien Normalbetrieb durch radioaktive Niedrigstrahlung. Selbst wenn Atomenergie billig wäre oder schwer ersetzbar, müsste endlich und für alle Zeiten mit ihr Schluss gemacht werden.

CASTOR-Transporte verhindern

Es gibt kein sicheres Endlager für den Jahrtausende radioaktiv strahlenden Atommüll. 1998–2005 sorgten SPD und Grüne dafür, dass der aus deutschen AKWs stammende Atommüll in französische oder britische Wiederaufbereitungsanlagen transportiert wurde.²³ Der deutsche Atommüll – hunderte Tonnen – darf bzw. muss in die BRD zurückgebracht werden,²⁴ u. a. nach Gorleben. Auch in Morsleben und demnächst im Schacht Konrad in Salzgitter²⁵ wird Atommüll deponiert. Das Versuchs-Endlager im Salzbergwerk Asse säuft langsam ab. Jeden Tag fließen 12 Kubikmeter Grundwasser in/durch das Endlager: eine radioaktiv verseuchte Salzlake.²⁶

Bewacht von bis zu 30 000 PolizistInnen und gegen einen breiten und militanten Widerstand wurden von April 1995 bis 1997 die ersten CASTOR-Behälter mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen nach Gorleben geschafft. Der Anti-AKW-Bewegung gelang es 1997 beinahe, die Transportstrecke im Wendland durch Unterhöhlung zu zerstören und die CASTOREN zu stoppen. Tausende beteiligten sich im Frühjahr 2001 an Blockaden und Störaktionen gegen den CASTOR-Zug. Sie unterhöhlten die Schienentrasse. Aktionsgruppen ketteten sich an Schienen an. AktivistInnen von Robin Wood betonierten sich zwischen Lüneburg und Dannenberg ein. Der Atomtransport wurde durch den AKW-Widerstand eineinhalb Tage aufgehalten und musste zum ersten Mal einen Teil des geplanten Weges zurückfahren.

Der CASTOR-Transport im November 2004 hat gezeigt, dass die Herrschenden und ihre HandlangerInnen den Mord (mindestens die fahrlässige Tötung) von BlockiererInnen einkalkulieren: Die Verantwortlichen in Frankreich ließen den Atommüllzug mit der mörderischen Geschwindig-

keit von 100 km/h auf vier BlockierereInnen zurasen. Einer von ihnen, Sébastien Briat, wurde vom CASTOR-Transport erfasst und getötet, als er die Gleise verlassen wollte.

Der tödlichen Logik des Atommülltransports entspricht, dass die Herrschenden und große Teile der bürgerlichen Medien unbeeindruckt waren. Die Grünen-Politikerin Rebecca Harms rief die AktivistInnen dazu auf, nicht mehr auf die Schienen zu gehen. Aber die Polizei konnte den Transport wieder nur mit Gewalt durchbringen.

Der CASTOR-Widerstand ist und bleibt eine der politischen Aktionen, die die Herrschenden bei der Durchsetzung ihrer kapitalistischen Verwertungsinteressen ernsthaft in Bedrängnis bringen und die über eine symbolische Manifestation des Widerstands hinausgeht. Dies, zusammen mit den technischen Pannen, die den Herrschenden immer wieder unterlaufen, macht es möglich, dass jedesmal auch ein Scheitern des Transports möglich ist. Dieses Jahr soll der größte, hochradioaktive Atommülltransport Gorleben erreichen.

Deutsche Atombombe im EU-Mantel

Es gibt keine Trennung zwischen »ziviler« und »militärischer« Nutzung der Atomenergie. Die atomare Bewaffnung Deutschlands wird unter dem europäischen Mantel vorbereitet. Der Plan hat Tradition. Atom- und Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) sagte 1957: »Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen (...) würde militärisch eine Preisgabe Europas an die Sowjetunion bedeuten.«²⁷ Zehn Jahre später war Strauß und der CSU klar, dass – wegen des NS-Faschismus – eine eigene deutsche Atomstreitmacht vorerst nicht durchsetzbar war: »Ersatzweise sollte die Bundesrepublik jedoch in einem europäischen 'sicherheitspolitischen Gebilde (...) aufgehen, das über Kernwaffen verfügt'«. ²⁸

Führende grüne FunktionärInnen signalisierten schon 1989 ihre Bereitschaft, auch in der Frage von Atomwaffen den Antimilitarismus zu verraten: Bei einem Geheimgespräch mit führenden SPDlern widersprachen grüne Realos, darunter Otto Schily (heute SPD) und Joseph Fischer nicht mehr der »Notwendigkeit einer europäischen Atomstreitmacht«. ²⁹ 1995 schloss Daniel Cohn-Bendit zu Franz Josef Strauß auf: »Ich fände es hinverbrannt, alle Atomwaffen einseitig zu verschrotten.« ³⁰

Die EU-Militärdoktrin von 2003, die die »präventive« Anwendung von militärischer Gewalt vorsieht, um EU-Interessen durchzusetzen, wurde 2004 durch den Entwurf des Konzepts

»European defence«³¹ ergänzt. Darin werden der EU-Erstschlagsstrategie jetzt auch Atomwaffen zugeordnet.

Die Grünen sind ebenso wie SPD und CDU/CSU/FDP längst GegnerInnen aller Linken, Kriegs- und AtomgegnerInnen. Die Partei Die Linke mit ihrem Produktivkraftfetischismus u. a. gegenüber der Atomenergie und der Gentechnologie hat den Anschluss in Mecklenburg-Vorpommern geschafft. Sie verharmloste und verschleierte schon den Ausbau der Atomenergie durch die SPD/Grünen als »zaghaften Ausstieg«³².

Im ideologischen Schlepptau und durchaus auch in materieller Abhängigkeit von SPD/Grünen/Die Linke malen einige NGOs (Nichtregierungsorganisationen), Umweltverbände und z. B. die religiös-gewaltfreie Gruppe *X-tausendmal quer* eine drohende »Renaissance« der Atomenergie an die Wand, die erst jetzt durch die CDU/CSU/SPD-Regierung gestartet werde. Sie akzeptieren die Ausstiegs-lüge: »Wir können an der Seite von rotgrün den ungeliebten Atomkonsens gegen die Laufzeitverlängerungswünsche aus Industrie und CDU/FDP verteidigen«³³. In ihrem Aufruf gegen den CASTOR-Transport nach Gorleben 2008 bezieht sich *X-tausendmal quer* positiv auf den »lange versprochene(n) Atomausstieg« – der keiner ist – und vermeidet die zentrale Forderung der Anti-AKW-Bewegung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen.³⁴

Auch von anderer Seite kommt ein Frontalangriff zugunsten des Atomstaats: Im Oktober 2005 forderten die Gewerkschaften Ver.di und IG Bergbau, Chemie, Energie gemeinsam mit den vier Energiekonzernen *Eon*, *Vattenfall*, *RWE* und *EnBW* von der neuen CDU/CSU/SPD-Bundesregierung die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken.³⁵ Auch 2008 gibt es wieder diese Forderung aus Gewerkschaftskreisen.

Der Kampf geht weiter!

Statt Opportunismus und Anbiederei an Atomstaat und -kapital fordern wir:

★ **Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – Vernichtung aller Atomwaffen**

★ **Keine Atomtransporte**

★ **Dezentralen Ausbau von erneuerbaren Energiequellen wie Sonne, Wind, Wasser**

★ **Unser Widerstand gegen alle Atomanlagen hört erst auf, wenn das Atomprogramm endgültig eingestellt ist.**

Stellungnahme des BundessprecherInnenrates der Ökologischen Linken im November 2008

Sofortige Stilllegung ...

Wir haben in mehr als 35 Jahren Anti-AKW-Bewegung hunderte Male nachgewiesen, dass Atomenergie überflüssig und zu teuer ist und sofort ersetzt werden kann. Wir haben detailliert nachgewiesen, wie durch erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser) Strom und Wärme erzeugt und durch technische Veränderungen in der Produktion und in der Architektur Energie eingespart werden kann.

Nun will uns die Propaganda der Atomkonzerne mal wieder weismachen, ihre mörderische Technologie sei ein geeignetes Mittel gegen die Klimaveränderung. Alles Lüge! 1 US-Dollar, investiert in Atomstrom, erbringt 7,4 Kilowattstunden; 1 US-Dollar, investiert in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz oder zur Energieeinsparung, jedoch 50 Kilowattstunden!²² Die Atomenergie, d. h. der Kreislauf der Atomproduktion vom Uranabbau, Urananreicherungsanlagen, Atomkraftwerken bis hin zu Wiederaufbereitungsanlagen, Atomtransporten und der Lagerung hochradioaktiven Atommülls ist ein Klimakiller, verseucht die Natur und damit die Grundlagen des menschlichen Lebens. Atomanlagen machen

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/59 92 70

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Postbank Frankfurt am Main
Konto: 194 44-601
BLZ: 500 100 60

Hinweis: Aus Platzgründen findet Ihr alle **Quellenangaben** für diesen Text auf unserer Website: www.oekologische-linke.de

Quellenangaben

- 1 »Nur wenige Minuten vor dem GAU«, in: *taz* v. 3.8.2008 und »Sieben Minuten bis zur Katastrophe«, in: *Berliner Zeitung* v. 4.8.2006, Textarchiv, www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv (gefunden: 19.9.2008)
- 2 Literatur zur Geschichte des Widerstandes gegen die Atomenergie z. B.:
 - 2.1 Jutta Ditfurth »Renaissance der Atomenergie«, in: diess. *Feuer in die Herzen. Gegen die Entwertung des Menschen*, 3. erweit. und vollst. überarbeit. Neuausgabe. Hamburg: Konkret Literatur Verlag 1997 [1. Aufl. 1992], S. 103 – 228
 - 2.2 Diess. *Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung*. München: Econ Taschenbuch Verlag 2000 (3. Auflage 2001), vor allem: S. 54 – 141 und 279 – 326
- 3 Technische Universität München, Mitteilung v. 12.6.2004, in: www.uni-protokolle.de (gefunden: 6.10.2005)
- 4 Vgl. Forschungszentrum Jülich »Versuche mit dem Sonnenfeuer. Projekt Kernfusion«, www.fz-juelich.de (gefunden: 31.10.2005) und Forschungszentrum Jülich »SOFT 2008: Jülicher Fusionstechnologie auf internationaler Bühne«, www.fz-juelich.de v. 18.9.2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 5.1 »Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen – weltweit!«, Erklärung des AKU Gronau vermutlich v. Januar 1999, in: www.gruene-kreis-borken.de
- 5.2 *Kölner Stadtanzeiger* v. 22.2.2005
- 5.3 Siehe z. B. Anti-Atom-Lexikon, www.anti-atom.de, Stichwort »Ahaus« (gefunden: 31.10.2005)
- 5.4 Vgl. FH Bochum Solar Netz »Brennstoffkreislauf und Entsorgung«, in: www.fh-bochum.de/fb3/eglab/solar/energietraeger/brennstoffkreislauf.html (gefunden: 31.10.2005)
- 6 Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim »Keine neuen Atomkraftwerke! Euroreaktor EPR stoppen!«, vermutlich v. März 2004
- 7 Im Januar 2001 fusionierten *Siemens* und *Framatome* ihre Atomgeschäfte in dem gemeinsamen Unternehmen *Framatome ANP S.A.* mit Sitz in Paris. Siemens hält 34 Prozent, Framatome 66 Prozent der Anteile. Der französische Mutterkonzern nannte sich Ende 2001 in *AREVA* um, nachdem er u. a. mit den kleineren Atomkonzernen *Cogema* und *CEA* fusionierte. Im Jahr 2006 erfolgte die Umbenennung von *Framatome ANP S.A.* in *Areva NP*.
 - 7.1 »Atomkonzern Siemens«, von: IPPNW - Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges v. 14.2.2005, www.ippnw.de (Pfad: Atomenergie - Atom-Lobby - Atomkonzern Siemens) (gefunden: 14.10.2005)
 - 7.2 Horst Blume »2005: Atomkraftforschung geht unter AREVA weiter!«, in: *new & infos – anti-atom* v. 6.2.2005, *Graswurzelrevolution online* (gefunden: 14.10.2005)
 - 7.4 *taz* v. 1.6.2006 und *taz* v. 12.9.2007 und *Areva NP* »Organisation«, www.areva-np.com v. 15.9.2008 (gefunden: 18.9.2008) und »Willkommen bei der Areva NP GmbH«, www.areva-np.com v. 15.9.2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 8 Greenpeace, BUND und Deutscher Naturschutzring (DNR) warfen Außenminister Fischer vor, dass er sich im EU-Verfassungskonvent »nicht ausreichend dagegen gewehrt (habe), dass in dem Entwurf 'die Förderung von Atomkraft als einzige Energieform verankert' werden solle.« Vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 13.6.2003, vgl. *taz* v. 14.6.2003
- 9 *taz* v. 31.7.2008 und *Financial Times Deutschland* »Schawan gibt Atomforschung Rückenwind«, www.ftd.de v. 30.7.2008 (gefunden: 16.9.2008) und *FR-online.de* »Frisches Geld für die Atomforschung«, www.fr-online.de v. 30./31.7.2008 (gefunden: 18.9.2008)
 - 10.1 »Tschernobyl-Bann gebrochen«, in: *taz* v. 13.9.2005;
 - 10.2 »Finnland baut Atomkraftwerk«, in: *Financial Times Deutschland* v. 12.9.2005
 - 10.3 »Renaissance für Atomkraft in Europa«, *heise online* v. 13.9.2005, www.heise.de (gefunden: 12.10.2005)
 - 10.4 »Brüchiges Skelett beim AKW-Neubau«, in: *taz* v. 16.8.2008

- 11.1 »EPR: wieso, weshalb, warum?«, in: *anti atom aktuell* Nr. 187 v. Februar 2008, S. 34 und »Bau des EPR in Flamville beginnt«, in: *anti atom aktuell* Nr. 186 v. Dezember 2007, S. 29
- 11.2 »Protest gegen neues AKW«, in: *taz* v. 18.4.2006
- 12.1 »Britten planen zehn Atomkraftwerke«, in: *taz* v. 11.1.2008
- 12.2 »Mehr Zusammenarbeit bei Atomkraft«, in: *taz* v. 28.3.2008 und *SPIEGEL online* »Britten und Franzosen schließen Atom-Allianz«, www.spiegel.de v. 22.3.2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 13.1 »Atomkraft voraus«, in: *taz* v. 26.7.2007; »Chinas strahlende Zukunft«, in: *taz* v. 4.4.2006; »China sucht nach Atom-Autonomie«, in: *taz* v. 4.4.2006
- 13.2 »Start of construction of the first EPR in China«, www.aveva.com v. 9.9.2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 14 IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges »Siemens-Boykott: Gute Argumente« v. 9.3.2005, in: www.ipnw.de (Pfad: atomenergie – Siemens-Boykott), (gefunden: 31.10.2005)
- 15 Vgl. Jutta Ditfurth »Alptraum Atomfusion – die letzte Reise der Menschheit«, in: diess. *Feuer in die Herzen*, a.a.O., S. 208 – 225
- 16 Vgl. z.B. www.umweltlexikon-online.de, Stichwort »Tritium«; dort: Peter Weish/Eduard Gruber *Radioaktivität und Umwelt*, 3. Aufl., Stuttgart: Gustav Fischer Verlag 1986, o. S.
- 17.1 Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages – Der aktuelle Begriff »ITER – Der Internationale Thermo-nukleare Versuchsreaktor«, Nr. 56/05, v. 8.8.2005; *Die Welt* v. 29.6.2005;
- 17.2 von den 50 % der EU kommen 40 % aus dem Gemeinschaftsbudget und 10 % direkt von Frankreich, »ITER-Abkommen unterzeichnet«, in: *anti atom aktuell* Nr. 172 – 173 v. Juli 2006
- 17.3 »Fusionsreaktor Iter wird deutlich teurer«, in: *Handelblatt.com*, www.handelsblatt.com v. 15.9.2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 18.1 IPP (Institut für Plasmaphysik) Jülich »ITER-Entscheidung für Cadarache gefallen«, Mitteilung v. 28.6.2005, in: www.fz-juelich.de (gefunden: 15.9.2005)
- 18.2 Forschungszentrum Jülich »Jülicher Fusionsforscher sind bereit für ITER. Die 'Inneneinrichtung' der Fusionskammer kommt aus Jülich«, Pressemitteilung v. 29.6.2005, in: www.fz-juelich.de (gefunden: 15.9.2005)
- 18.3 Bundesministerium für Bildung und Forschung »Bulmahn: 'Europäischer Standort bietet lukrative Aufträge'. Forschungsministerin begrüßt Bau des Fusionsexperiments ITER in Frankreich«, Pressemitteilung 151/2005 v. 28.6.2005
Informationsdienst Wissenschaft, Isabella Milch, Öffentlichkeitsarbeit Max-Planck-Institut für Plasmaphysik: »Internationale ITER-Organisation gegründet«, Pressemitteilung v. 24.10.2007, <http://idw.online.de>, gefunden am 18.9.2008 und »Fusionsreaktor Iter wird deutlich teurer«, in: *Handelblatt.com*, www.handelsblatt.com v. 15.9.2008 (gefunden am 18.9.2008) und Tiefensee ermuntert Wirtschaft zum Einstieg in die Fusionsforschung – 'Wendelstein 7-X' soll 2014 in Betrieb gehen«, in: *MVregio, Nachrichten für Mecklenburg-Vorpommern*, www.mvregio.de v. 10.7.2008 (gefunden: 16.9.2008)
- 19.1 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Rede anlässlich der Eröffnung der neuen Gebäude des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald am 7.7.2000; www.bundesregierung.de (gefunden: 24.10.2005)
- 19.2 Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Linkspartei.PDS/SPD) »Gründung eines Max-Planck-Institutes für Plasmaphysik in Greifswald« (für Projekt Fusionsreaktor Wendelstein 7-X), Antrag v. 13.6.1994, Drucksache des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 1/4571
- 19.3 *Berliner Zeitung* v. 31.7.2002
- 19.4 www.biologie.de, Stichwort »Wendelstein7-x« (gefunden: 31.10.2005)
- 19.5 »Tiefensee ermuntert Wirtschaft zum Einstieg in die Fusionsforschung – 'Wendelstein 7-X' soll 2014 in Betrieb gehen«, in: *MVregio, Nachrichten für Mecklenburg-Vorpommern*, www.mvregio.de v. 10.7.2008 (gefunden: 16.9.2008)
- 20 Bundeskanzler Gerhard Schröder, Rede, a.a.O.

- 21 www.helmholtz.de, Stichwort »Kernfusion«; www.hmi.de, Stichwort »Das HMI«.
Das Hahn-Meitner-Institut ist Mitglied der Helmholtz-Gesellschaft. Es wurde 2008 in »Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie« umbenannt: »Neuer Name – neues Programm«, www.hmi.de v. Mai 2008 (gefunden: 18.9.2008)
- 22 Laut einer US-Studie, vgl. Wolfgang Kühn »Treibhauseffekt und CO₂-Emissionen, kein Argument für Atomenergie«, Broschüre, Bundesarbeitsgemeinschaft Energie der Grünen (Hrsg.), 2. überarb. und erweiter. Aufl., Bonn 1990, S. 11, (die Grünen haben die sehr erfolgreiche und in hoher Auflage nachgefragte Broschüre seit 1992 nicht mehr vertrieben); zit. nach: BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken »Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen und Vernichtung aller Atomwaffen!«, Reihe: ÖkoLinX-Extra Nr. 8, ÖkoLinX-Verlag, überarb. Neuausg. Winter 2002/2003, dort Fußnote 39
- 23 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit »Kein Atommüll mehr nach Sellafield und La Hague«, Pressemitteilung Nr. 143/05 v. 2.6.2005, in: www.bmu.de (gefunden: 15.9.2005)
- 24 »Atommüll-Transporte aus den deutschen AKWs in die Plutonium-Fabriken La Hague und Sellafield«, in: *CASTOR aktuell* v. 5.9.2005, www.nadir.org (gefunden: 15.9.2005)
- 25 »Niedersachsen will Atommüllland werden«, in: *junge Welt* v. 6.7.2005
- 26 »Laugenzufluss vor der ersten Einlagerung«, in: *taz* v. 3.9.2008; »Illegales Endlager Asse leckt«, in: *taz* v. 26.6.2008; »RADIOAKTIVE ASSE-LAUGE, Aus Atommüll-Kammer«, in: *taz* v. 22.8.2008
- 27 Vgl. Werner Balsen/Karl Rössel *Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik*. Köln: Kölner Volksblatt-Verlag 1986, S. 56; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 28 *Bayernkurier* v. 4.3.1967, zit. nach: Matthias Küntzel *Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt*. Frankfurt/New York: Campus Verlag 1992, S. 127; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 29 Ausführlicher: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 319
- 30 *Die Woche* v. 15.9.1995; zit. nach: Jutta Ditfurth *Das waren die Grünen*, a.a.O., S. 320
- 31 EU Institute for Security Studies »European Defence. A Proposal for a White Paper«, Paris, May 2004; www.iss-eu.org/chaillot/wp2004.pdf
- 32 Parteivorstand der PDS »Wahlprogramm« (Bundestagswahl 2005), Entwurf v. 15.7.2005
- 33 Jochen Stay »Wir wollen mehr«, in: *anti-atom-aktuell* Nr. 160, März 2005, in: www.anti-atom-aktuell.de (gefunden: 31.10.2005)
- 34 X-tausendmal quer »Zeit für eine Renaissance der Anti-Atom-Bewegung!«, Aufruf zur Bundesweiten Anti-Atom-Demonstration in Gorleben am 8.11.2008 und zu Blockadeaktionen auf der Castor-Strecke vom 9.11. – 10.11.2008, Stand: 6.9.2008
Vgl. zum Castor-Transport 2005 (auch hier keine Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen): DNR, BUND, Eurosolar u. a. »Atomkraft Nein Danke – Erneuerbare Energien jetzt!«, Aufruf zur bundesweiten Demonstration am 5.11.2005 in Lüneburg, Stand: 20.9.2005
- 35 Vgl. z. B. *Frankfurter Rundschau* v. 2005